Wolfgang Wiegard

HWS: »FALSCHER PROPHET« ODER IDEENGEBER FÜR DIE AGENDA 2010?

Wolfgang Wiegard war bis 2011 Professor für Volkswirtschaft in Regensburg und Tübingen. Seit 1990 gehört er dem Wissenschaftlichen Beirat beim BMF und seit 2003 der Bayerischen Akademie der Wissenschaften an. Von 2001 bis 2011 war er Mitglied und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des Sachverständigenrates.

1. Prolog

»Die Wirtschaft stagniert, die Hiobsbotschaften häufen sich. Monat für Monat gibt es neue Pleiterekorde, viele Unternehmen stecken in einer schweren Krise, die Arbeitslosigkeit nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an … Deutschland ist der kranke Mann Europas, ist nur noch das Schlusslicht beim Wachstum …«

Mit dieser Zustandsbeschreibung der deutschen Wirtschaft beginnt der Prolog (S. 13) in Hans-Werner Sinns legendärem, erstmals im Oktober 2003 veröffentlichtem Buch *Ist Deutschland noch zu retten?*. Als Medizin verabreicht HWS der kränkelnden deutschen Volkswirtschaft ein »6 + 1-Programm«, bestehend aus drei arbeitsmarktpolitischen, zwei sozialpolitischen Komponenten sowie einem Steuerreformvorschlag und einer Reformagenda für die neuen Bundesländer.

Nach wenig mehr als einer Dekade fällt eine Bestandsaufnahme der deutschen Wirtschaft völlig anders aus: Deutschland ist seit einigen Jahren zur Wachstums- und Konjunkturlokomotive Europas geworden, die (harmonisierte) Arbeitslosenquote ist die niedrigste in der EU, die deutschen Unternehmen behaupten sich im internationalen Wettbewerb, die öffentlichen Haushalte weisen Finanzierungsüberschüsse aus.

War oder ist HWS ein Schwarzmaler, ein »falscher Prophet« (*Handelsblatt*, 16.–18. Januar 2015), ein »Prof. Propaganda« (*SPIEGEL* 29/2012)? Im Gegenteil: Seine damaligen Analysen und Reformvorschläge haben mit dazu beigetragen, dass die Wirtschaftspolitik auf die desolate Lage reagiert und mutige Reformen implementiert hat. Dies gilt vor allem im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik.

2. Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Reformen

Arbeitsmärkte und Sozialpolitik stehen im Mittelpunkt der Sinn'schen Reformagenda für die Anfang bis Mitte des letzten Jahrzehnts dahin-

siechende deutsche Wirtschaft. Zu hohe Lohnkosten, ein rigider Kündigungsschutz, vor allem aber Fehlanreize im Lohnersatzsystem des deutschen Sozialstaats werden als Hauptgründe für die zu Beginn des Jahrtausends dramatisch hohe und zunehmende Arbeitslosigkeit in Deutschland identifiziert. Als Heilmittel werden zum einen die Forderung nach einer Senkung der Stundenlöhne über eine Verlängerung der Arbeitszeiten (ohne Lohnausgleich) sowie über flexible Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen empfohlen. Derartige Öffnungsklauseln sind mittlerweile fester Bestandteil nahezu aller Tarifverträge. Zum anderen hat das ifo Institut als Reaktion auf die hohe Arbeitslosigkeit speziell unter Niedrigqualifizierten mit der »Aktivierenden Sozialhilfe« schon 2002 ein innovatives Reformkonzept vorgelegt. Sowohl der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft als auch der Sachverständigenrat – und damit zwei der wichtigsten Gremien des institutionalisierten wirtschaftswissenschaftlichen Sachverstands in Deutschland – haben diesen Vorschlag mit einigen Modifikationen übernommen und ergänzt. Die grundlegende Idee ist dabei ebenso einfach wie bestechend: Produktivitätsbedingt niedrige Löhne werden durch staatliche Lohnzuschüsse aufgestockt, so dass gleichzeitig mehr Arbeitsplätze im Niedrigqualifikationssegment angeboten und Anreize zur Annahme einer entsprechenden Beschäftigung ausgeübt werden. Im Kern wurden diese Ideen mit der Agenda 2010 und der Hartz-IV-Gesetzgebung auch von der Politik aufgegriffen, allerdings nicht vollständig umgesetzt.

Ebenfalls in der Schnittmenge von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik liegt der im Vorfeld der EU-Osterweiterung von HWS und Mitarbeitern des ifo Instituts ausgearbeitete Vorschlag einer »selektiv verzögerten Integration« von Zuwandernden aus EU-Ländern in die sozialen Sicherungssysteme der Gastländer. Damit soll rein umverteilungsbedingten Wanderungsanreizen begegnet werden, indem der Bezug bestimmter steuerfinanzierter Sozialleistungen während einer Übergangsfrist begrenzt wird. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat in seinem Gutachten »Freizügigkeit und soziale Sicherung« (2000) ganz ähnliche Überlegungen und Reformoptionen vorgestellt. Die Aktualität dieser Überlegungen zeigt sich im Übrigen in der im Zusammenhang mit dem angekündigten Referendum zur britischen EU-Mitgliedschaft aufgestellten Forderung von Premierminister David Cameron, Zuwanderer aus anderen EU-Ländern vorübergehend vom Bezug steuerfinanzierter Sozialleistungen auszuschließen.

Vorschläge zur Reform der Rentenversicherung (Kapitel 3) und für eine radikale Steuerreform rundeten das Programm für einen Neuanfang der deutschen Wirtschaft ab. Mit dem Konzept der »Dualen Einkommensteuer« sind dabei die Vorstellungen von HWS, ifo Institut und Sachverständigenrat über ein investitions- und wachstumsfreundliches Steuersystem einmal mehr nahezu deckungsgleich.

3. Epilog

Mit einer Auflage von insgesamt über 110 000 Exemplaren, mit einer eigenen Fernsehreihe in BR Alpha und einer Hörbuch-Version mit einer Laufzeit von 15:30 Stunden gehört *Ist Deutschland noch zu retten?* zu den erfolgreichsten deutschsprachigen Wirtschaftsbüchern überhaupt. Der Einfluss auf wissenschaftliche Mitstreiter, etwa in den Beiräten oder im Sachverständigenrat, war enorm. Auch in der Wirtschaftspolitik hat die damalige Reformagenda tiefe Spuren hinterlassen, indem die Hartz-Reformen und die Agenda 2010 zentrale Ideen von HWS aufgenommen haben.

Von derartigen Erfolgen kann man als Ökonom nur träumen.